

Für Aufträge **ab** 15.000 Euro:

### **Verpflichtungserklärung**

**zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen, Mindest- und Tariflohn gemäß § 4  
Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig Holstein – TTG**

*Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung gemäß § 4 Absatz 3 Satz 1 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein (TTG) hinsichtlich der Zahlung des vergaberechtlichen Mindestlohns von 9,99 Euro/Std. nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland tätig sind und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland erbringen.*

#### **Namens und im Auftrag der Firma**

Name/Anschrift

erkläre ich,

☐ dass ich meinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung einer Leistung, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewähre, die durch einen bundesweit für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlassene Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

Für den Fall, dass der vorgenannte Absatz auf den öffentlichen Auftrag nicht zutrifft, erkläre ich:

☐ dass meinen Beschäftigten (ohne Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Hilfskräfte und Teilnehmende an Bundesfreiwilligendiensten) bei der Ausführung einer Leistung, die auf Grundlage dieses Vergabeverfahrens erbracht wird und nicht dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt und sich nicht auf den Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene erstreckt, wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 9,99 Euro gezahlt wird.

☐ **Es liegt keine tarifliche Bindung meines Unternehmens vor.**

**Die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten erhalten Mindeststundenentgelte in Höhe von:**

--

**oder**

☐ **Es liegt die folgende tarifliche Bindung meines Unternehmens vor:**

--

### **Sonstiges**

Diese Verpflichtungserklärung ist Vertragsbestandteil.

Ich erkenne die mir aufgrund § 9 Abs. 2 und Abs. 3 Nr. 1 bis 5 TTG auferlegten Verpflichtungen an und verpflichte mich, diese vollumfänglich zu erfüllen.

#### **- Prüfungs- und Auskunftsrechte**

Mir sind die gemäß § 11 TTG zu Gunsten der Auftraggeberin bestehenden Prüfungs- und Auskunftsrechte im Hinblick auf die Einhaltung der mir aufgrund des TTG auferlegten Verpflichtungen bekannt. Ich erkenne an, dass die von mir einzuhaltende Vorlage- und Erläuterungsfrist gemäß § 11 Abs. 3 S.1 TTG vierzehn Tage beträgt.

Darüber hinaus werde ich bei der Beauftragung von Nachunternehmern und von Verleihern von Arbeitskräften sicherstellen, dass auch diese der Auftraggeberin die sich aus dem TTG ergebenden Auskunfts- und Prüfrechte einräumen. Ich werde zudem vertraglich sicherstellen, dass auch diese die vorgenannte Vorlage- und Erläuterungsfrist einhalten.

Ich verpflichtete mich und meine Nachunternehmer vollständige, aktuelle und prüffähige Unterlagen für Überprüfungen nach § 15 Abs. 2 bis 5 TTG bereitzuhalten und diese auf Verlangen der zuständigen Behörde unverzüglich zur Überprüfung vorzulegen; dies kann auch eine Überprüfung vor Ort beinhalten.

#### **-Vertragsstrafe**

Ich werde für jeden nachgewiesenen schuldhaften Verstoß gegen die Verpflichtungen aus der von mir abgegebenen Verpflichtungserklärung (eine Vertragsstrafe zahlen, deren Höhe eins vom Hundert des zwischen mir und der Auftraggeberin vereinbarten Auftragswertes beträgt. Bei mehreren Verstößen beträgt die Vertragsstrafe höchstens fünf vom Hundert des Auftragswertes, die konkrete Höhe bestimmt die Auftraggeberin nach billigem Ermessen.

Ich erkenne an, dass mir die Verpflichtung zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch in dem Falle trifft, dass der Verstoß gegen Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung gemäß Absatz 1 durch einen von mir eingesetzten Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften begangen wird, es sei denn, dass ich den Verstoß bei der Beauftragung des Nachunternehmers bzw. des Verleihers von Arbeitskräften nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste.

#### -Fristlose Kündigung

Ich bin damit einverstanden, dass die schuldhafte Nichterfüllung der Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung gemäß Absatz 1 durch mich, meinen Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften sowie schuldhafte Verstöße gegen meine Verpflichtungen aus § 9 Abs. 1 TTG die Auftraggeberin zur fristlosen Kündigung dieses Vertrages berechtigt.

Ich bin mir bewusst, dass ein nachweislicher Verstoß gegen meine Verpflichtungen aus dieser Erklärung

- den Ausschluss meines Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
- den Ausschluss meines Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann und ein
- solcher Ausschluss dem Register zum Schutz fairen Wettbewerbs mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.

Unterschrift/Firmenstempel